

2011-10-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
06.10.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Sitzungsort: Treffpunkt 16:30 Uhr:
Meisterhäuser – Baustelle Direktorenhaus
Gropius (Behandlung TOP 1)

Tagung beginnt ca. 17:30 Uhr:
Technologie- und Gründerzentrum (TGZ),
Seminarraum, Kühnauer Straße 24,
06846 Dessau-Roßlau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Rumpf, Frank

Abwesend ab TOP 8.1
Vertreter für Herrn Gebhardt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Pätzold, Hans-Joachim

Anwesend ab TOP 7.3, Vertreter für Herrn Krüger

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen, Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Problemanalyse Rad- und Fußwege Ebertallee und Kühnauer Straße

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, zum Thema Problemanalyse Rad- und Fußwege in der Ebertallee und Kühnauer Straße. Informationen zu der Ausgangssituation, den Rahmenbedingungen, der Finanzierung sowie der Radverkehrslösung und Verbesserung des baulichen Zustandes des Gehweges wurden dargelegt. Arbeitsaufgabe sei es, so **Herr Pfefferkorn**, eine genehmigungsfähige Lösung zur Verbesserung der Rad- und Gehwegesituation in der Ebertallee zu erarbeiten, welche den Anforderungen der touristischen Infrastruktur entspreche, den Denkmalwert des Einzugsgebietes gerecht werde und die aktuellen Richtlinien für Radverkehrsanlagen berücksichtige. Das Ziel bestehe darin, mit dem Abschluss der Reparatur der Meisterhäuser auch die davor liegenden öffentlichen Verkehrsflächen in einem anspruchsvollen baulichen Zustand zu präsentieren. Nach Betrachtung und Abwägung der zuvor erörterten Probleme sollen entscheidungsreife Variantenvorschläge in Form einer Beschlussvorlage durch das Fachamt eingebracht werden.

Frau Lüttich, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, zeigte an Hand von Lageplänen, dass sich die Ebertallee in der Pufferzone des UNESCO-Welterbes Dessau-Wörlitzer Gartenreich befinde und von einer vierreihigen Baumallee charakterisiert werde, die seit 1981 als Naturdenkmal unter Schutz gestellt sei. Die Allee beschreibe in diesem Bereich eine wichtige Sichtachse zwischen Georgengarten und Amaliensitz.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass der Rückbau des Hauses Emmer gut funktioniert habe, es jedoch zu Störungen an beiden Gebäuden gekommen sei. Im Haus 2 laufen derzeit noch restauratorische Untersuchungen. Der Rohbau sei freigegeben, der Termin im nächsten Jahr sei nicht gefährdet, aber noch nicht konkretisiert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Problemanalyse in der Ebertallee stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 8 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge vorgebracht, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8:0:0

Die Tagesordnung wurde ungeändert beschlossen.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 01.09.2011 wurde durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, die Änderung der Aussagen von

Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, unter Tagesordnungspunkt 6.1 „Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau“, Vorlage: DR/BV/319/2011/VL/Gr auf Seite 5, letzter Absatz beantragt. Die Aussagen werden folgendermaßen korrigiert:

... Nachdem **Herr Busch** weiter an seinem Vorschlag festhielt, schlug **Herr Mau** abschließend vor, die Vorlage, ~~bevor sie in den Stadtrat eingereicht werde, im Oktober nochmals auf der Tagesordnung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erscheinen und gemeinsam mit der Vorlage der Verwaltung behandelt werde.~~ heute zu beschließen, die Verwaltung die Vorlage weiter mit dem Einreicher modifiziert und dann in den nächsten Bauausschuss und in den übernächsten Stadtrat mit auf die Tagesordnung kommt. Mit dieser Vorschlagsweise könne Herr Busch mitgehen. ...

Mit dieser Änderung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6:1:1

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 01.09.2011 wurde mit der o. g. Änderung bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgenden Informationen und Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 01.09.2011:

*Objekt Kornhaus - Entscheidung zur Neuverpachtung
Vorlage: DR/BV/307/2011/VI-65*

Die Beschlussvorlage wurde zurück gestellt.

*Verkehrliche Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/106/2011/VI-80*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig beschlossen.

*Vergabe von Bauleistungen
(Landschaftsbauarbeiten und Beleuchtung) - Stadt Dessau-Roßlau - EU Strukturförderung und Stadtumbau Ost, Achse zwischen Bahnhof und Stadtpark
Vorlage: DR/BV/269/2011/VI-65*

Die Informationen zur Vergabe wurden zur Kenntnis genommen.

*Vergabe von Bauleistungen
Schlaglochprogramm, Deckenerneuerung Ludwigshafener Straße im Abschnitt Askani-sche Straße bis Kreuzung Gliwicer Straße
Vorlage: DR/BV/279/2011/VI-66*

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

*Vergabe von Planungsleistungen
Hort für Grundschule Friederikenstraße, Sanierung, Umbau und Erweiterung der Grundschule Friederikenstr. 23 in Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/292/2011/VI-65*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

Vergabe von Bauleistungen

Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau, Los 05 - Erweiterter Rohbau

Vorlage: DR/BV/300/2011/VI-65

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6. Öffentliche Informationsvorlagen

- 6.1. Novellierung zum OB-Beschluss DR/BV/160/2011/VI-66 vom 16.05.2011 "Großflächige bituminöse Fahrbahndeckensanierungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Erlasses zum "Schlaglochprogramm" des MLV vom 03.03.2011" hinsichtlich der Maßnahmen und der geplanten Wertumfänge**
Vorlage: DR/BV/311/2011/VI-66

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7. Öffentliche Beschlussfassungen

- 7.1. Überarbeitung der Winterdienstsatzung und Straßenreinigungssatzung**
Vorlage: DR/BV/239/2011/VI-66

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8:0:0

Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

- 7.2. Änderung der Gebührentarife der Sondernutzungssatzung zum 1. Januar 2012**
Vorlage: DR/BV/325/2011/VI-66

Durch **Herrn Cirner, Tiefbauamt**, wurde eingangs berichtet, dass im Finanzausschuss am 05.10.2011 die Beschlussvorlage geändert beschlossen wurde. Die Änderungen betreffen die Anlagen 2 und 3 unter der laufenden Nummer 10.4. Hier wurde die Möglichkeit auf Kostenfreistellung aufgenommen, da bei Veranstaltungen im Interesse der Stadt, wie z. B. Anhalt 800, Blumenkübel oder andere Elemente für die Verschönerung der Stadt dienen.

Zur Anfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ob die Satzungsänderung im Hintergrund mit Verbänden (Gastronomie, Einzelhandel) abgestimmt worden sei, erläuterte **Herr Cirner**, dass dies nicht geschehen ist, aber die Gebührenerhöhung um 15 Prozent im Konsolidierungskonzept von Rödl & Partner festgehalten sei. **Frau Scharge, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung**, ergänzte hierzu, dass die Satzung in Abstimmung mit den Verbänden bereits schon mal geändert wurde. Die Stadt Dessau-Roßlau liege mit ihren Gebührensätzen im Vergleich zu anderen Städten im unteren Bereich.

Auf den Hinweis von **Herrn Schönemann**, dass durch die Beteiligung von Verbänden die Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöht werde, forderte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, dass hier nicht gegen Stadtratsbeschlüsse verstoßen werden darf. Der Stadtrat habe die Konsolidierung beschlossen, die Verwaltung habe sich an diese Beschlüsse zu halten.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wie diese Änderung der Beschlussvorlage zu verstehen sei, wie dies gehandhabt werden solle bzw. ob es einen Ermessensspielraum gebe, gab **Herr Cirner** zur Kenntnis, dass diese Änderung nur gehandhabt wer-

de, wenn entsprechende Beschlüsse vorliegen, wie z. B. aus der OB-Dienstberatung oder ähnlichen Gremien bzw. Ausschüssen. Hierzu ergänzte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, dass er selbst den Antrag im Finanzausschuss gestellt habe, um auch die Möglichkeit der bisherigen Kostenfreistellung zu erhalten, welche auf Antrag gewährt werden könne.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6:0:2

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

7.3. Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/319/2011/BL/Gr

Einführend verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf den hierzu bereits gefassten Beschluss vom 01.09.2011. Die heutige Wiedervorlage diene dem Einreicher als Möglichkeit zur Überprüfung der Übereinstimmung des Arbeitsauftrages/Inhaltes mit der eingereichten Vorlage der Verwaltung. Ergänzend zur Thematik erläuterte **Herr Hantusch**, dass die Stadt bereits an der Erstellung eines Konzeptes gearbeitet habe, da schließlich vorher schon der Auftrag zur Erstellung eines Radwegekonzeptes aus dem Ausschuss entgegen genommen worden war. Im Tagesordnungspunkt 7.4 werde nun dieses erarbeitete Konzept der Verwaltung vorgelegt.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

7.4. Radverkehrskonzept für die Stadt Dessau-Roßlau, Festlegungen zur Bearbeitung des Konzeptes Vorlage: DR/BV/339/2011/VI-66

Bezug nehmend auf die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 7.3 informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, weiterführend, dass dieses Konzept in zwei Stufen ausgeführt werden soll. Die erste Stufe sei durch Bestandsanalyse gekennzeichnet und die zweite Stufe durch die daraus resultierende Konzeptentwicklung/Fortschreibung des Konzeptes.

Herr Link, Tiefbauamt, erläuterte das zweistufige Konzept und erklärte, dass die Analysetätigkeit mit sehr viel Arbeit verbunden sei. Die finanzielle Seite ist beachtet worden aber ein externer Sachverstand soll einbezogen werden, um auch die Sicht von außen auf die Radverkehrsproblematik der Stadt zu ermöglichen. Zuerst soll eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet werden, bei der die entsprechenden Ämter mitwirken, so **Herr Link**, und als zweiter Schritt soll dann die Interessengemeinschaft „Fahrradfreundliche Stadt“, bei der auch der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V.) regelmäßig mit beteiligt sei, mit in den Prozess einbezogen werden. Dieses Konzept gehe weit über Radwege hinaus und betreffe auch die Öffentlichkeitsarbeit und den Dienstleistungssektor, d. h. Radverkehr müsse als System verstanden werden. Die Vorstellungen für die zweite Stufe sollen dann dem Stadtrat separat vorgestellt werden. Heute gelte, das Konzept zu beschließen.

Wenn dieses Konzept am Ende als touristisches Produkt qualifiziert werde, so **Herr Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sei man auf dem richtigen Weg.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau Roßlau**, ob die Ausführungen von Herrn Link bedeuten, dass beim Sachverstand auf vorhandenes Potential im ehrenamtlichen Bereich zurückgegriffen werde, erläuterte **Herr Link, Tiefbauamt**, dass in der ersten Stufe ein Sachverstand der Stadt mit einbezogen werde sowie in der zweiten Stufe ein externes Planungsbüro, welches ermögliche, über den „Tellerrand“ zu schauen. D. h. auf Erfahrungen bei der Entwicklung von Radverkehrskonzepten zurückzugreifen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies darauf, dass die Kostenvorstellungen der Vorlage als Anlage beizufügen seien.

Hierzu ergänzte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass in einer Zwischenstufe die Erkenntnisse dem Ausschuss vorgestellt werden sowie, welcher externe Sachverstand ausgewählt und warum dieser in Betracht gezogen wurde und welche Kosten hierdurch entstehen werden. D. h. bevor die zweite Stufe in Angriff genommen werde, erfolge eine Vorstellung im Ausschuss.

Herr Peters, Ortsbürgermeister von Sollnitz, berichtete, Sollnitz sei nicht in diesem Konzept aufgenommen. Die Bürger von Sollnitz haben schon seit 1993 versucht an das Radwegenetz von Dessau angeschlossen zu werden, haben mehrfach Vorschläge vorgebracht, ohne Erfolg. Bis Kleutsch sei der Radweg vorhanden, jedoch fehle die Anbindung bis Sollnitz.

Zu dieser Thematik habe man bereits einen Vor-Ort-Termin vollzogen und sich mit dem Ortschaftsrat abgestimmt, so **Herr Link, Tiefbauamt**. Die heute vorgelegte Beschlussvorlage sei nicht das Konzept, sondern die Aufgabenstellung zur Erarbeitung eines Konzeptes. Daher kann Sollnitz in der Vorlage nicht explizit zu finden sein. Es seien allgemeine Gesichtspunkte, d. h. dass die Netze und der Bestand überprüft werden und geplante Netze zu entwerfen seien.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau Roßlau, teilte mit, dass er gegen den Beschluss stimmen werde, weil er der Verwaltung keinen Freibrief erteilen möchte, ein externes Büro zu beauftragen.

Ergänzend hierzu vermittelte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass die Vorlage es zulasse, ein externes Planungsbüro einzubeziehen, wenn klar ist, welche finanziellen Mittel benötigt werden und welche Aufgaben in dieser Richtung zu delegieren seien. Im Moment sei dies nicht Bestandteil der Vorlage, so dass man dies nicht abmahnen könne. Aus seiner Sicht, so **Herr Schönemann**, könne man nach dem vorliegenden Papier verfahren.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, habe dies so verstanden, dass die Einbindung eines externen Planungsbüros als eigener Beschluss gelte, der dann ab 2013 zu greifen habe. Dies wurde bejaht. Hierzu bemerkte **Herr Otto**, dass dies aber nicht explizit im Beschlusstext der jetzigen Vorlage stehe.

Weiter Wortmeldungen wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8:1:0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

7.5. Beschluss über den Änderungsplan des Bebauungsplanes Nr. 108 "Am Elbpavillon" für den Teilbereich A mit dem Titel: Änderungsplan Nr. 108 A "Am Elbpavillon" Vorlage: DR/BV/322/2011/VI-61

Einführend erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass es sich in den bislang geführten Gesprächen um zwei bedeutende Grundstücke handelt. Zum einen die relativ gut erschlossene Situation am Elbpavillon und zum anderen die Schadebrauerei. Er habe im letzten Jahr mit beiden Eigentümern Kontakt aufgenommen, da die beiden Grundstücke an Wert verlieren. Bei der Aachen Münchener Versicherung AG, sei der Elbpavillon angesiedelt. Interne Diskussionen wurden geführt, wie das Grundstück künftig genutzt werden könne. Die Aachen Münchener Versicherung AG wollte diese Fläche nicht selbst entwickeln. Über mehrere Umwege hat dann die REAL Bau Dessau GmbH davon erfahren und hat sich mit in das Projekt eingebunden. Die auf der Fläche liegende Planung musste somit modifiziert werden. Man musste eine Planung finden, mit der beide Parteien einverstanden sind. Die Beschlussvorlage, die nun vorliegt, sei das Ergebnis dieses Prozesses.

Herr Hantusch habe auf der EXPO REAL mit dem Eigentümer der Schadebrauerei gesprochen, wie man die Fläche, eine der besten Flächen innerhalb der Stadt, wieder mit Leben erfüllen könne. Der Eigentümer möchte nicht selbst investieren, ist aber dabei zu entwickeln. Es wäre wünschenswert, wenn man den Prozess an dieser Stelle auch so positiv wie bei der REAL Bau Dessau GmbH vollziehen könne, man wisse aber, dass der Markt begrenzt ist.

Auf die Nachfragen von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, ob es bereits gestalterische Vorschläge gebe, wie man mit der neuen Entwicklung umgehen möchte, erklärte **Herr Hantusch**, dass es Vorschläge gibt, die sich auch in den vorliegenden Zeichnungen widerspiegeln, aber keine explizit gestalterischen Vorschläge, da diese sich erst im Laufe des Verfahrens ergeben.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bestätigte die Frage von **Herrn Hartmann**, ob es jetzt Parzellierungen mit Einzelverkäufen und mit individuellen Gestaltungen gebe und verwies darauf, dass es relativ wenig Flächen im gehobenen Bereich gibt und es sich schwierig gestalten, Ansiedlungswillige zufrieden zustellen.

Nach Erteilung des Rederechts äußerte **Herr Geissel, REAL Bau Dessau GmbH**, dass er sich nicht auf eigenes Risiko zutraue, die gesamte Fläche zu bebauen. Daher solle man verschiedene Bauträger auf dieser Fläche vereinigen. Die Zuführung der Fläche und die Abrundung des Areals seien dringend erforderlich und wünschenswert, so **Herr Schönemann**.

Sollte der Beschluss über den Änderungsplan erfolgen, so möchte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, weiterhin wissen, ob es dann eine Gestaltungssatzung auf dem Gelände geben werde.

Hierzu erläuterte **Herr Geissel, REAL Bau Dessau GmbH**, dass von 87 Grundstücken 20 vermarktet und bebaut worden sind und 67 Grundstücke somit noch frei sind. Diese kleinen 67 Parzellen wurden von der Größe verändert, so dass es keine Parzellen von 190 m² mehr gibt. Jede Parzelle habe nun 400-500 m² und werde der Bebauung angepasst. Die Parzellen sollen individuell vermarktet werden. Er habe sich einen großen Partner mit ins Boot genommen, die Stadtparkasse Dessau, mit der er die Flächen Bauträgerfrei vermarkten möchte. Seine Aufgabe ende mit der Neuordnung der Fläche sowie der Neuparzellierung. An dieser Stelle verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die Zusammenfassung in der Beschlussvorlage, dass das Ziel der Änderungsplanung die Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten durch Überarbeitung der bauplanerischen Festsetzungen und örtlichen Bauvorhaben sei.

Es werde ein Änderungsplan aufgestellt und beschlossen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. **Herr Schönemann** fügte hinzu, dass dieses Thema als Bestandteil einer Beratung im Gestaltungsbeirat aufgegriffen werde. Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9:0:0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

7.6. Rückgabe von Fördermitteln Soziale Stadt Vorlage: DR/BV/324/2011/VI-61

Zu Beginn betonte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass man in ausführlicher, intensiver Form schon mehrfach beraten habe, wie mit den finanziellen Mitteln umzugehen sei. Der Beschluss, so wie er heute vorliege, folge den Tendenzen aus den Beratungen. Somit verstehe er das Echo, die Interpretation des öffentlichen Bereiches nicht. Es sei nicht aufzuwiegen, wie es in der Öffentlichkeit transportiert werde. Dies schaffe tiefe Gräben und bringe die Leute gegeneinander auf. Er hatte diesbezüglich viele

Anrufe erhalten, so **Herr Schönemann**, dies war für den Prozess kontraproduktiv. Das Fachdezernat solle an dieser Stelle noch mal sachlich darstellen, worum es hier gehe.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, dankte für die Möglichkeit, noch mal einige Erläuterungen äußern zu dürfen und legte dar, dass die Verwaltung bei einer solchen Thematik immer in der Defensive stehe und dass er es schäbig finde, dass eine solche Fehlinformation über die Mitteldeutsche Zeitung betrieben werde. Bürger werden nicht richtig informiert, dies sei nicht sachdienlich.

Man habe Geld im Förderprogramm Soziale Stadt für das Schülerfreizeitzentrum Rennstraße akquiriert, welches nicht umgesetzt wurde. Einige Projekte wurden bereits realisiert und erst vor Kurzem wurde der Beschluss zum Hort Friederikenstraße gefasst.

Es kam zu vielen Umwidmungen, 350.000 Euro wurden nicht beansprucht. Im Rahmen der Prioritätenliste stehen auch an den ersten vier Stellen wichtige Projekte, die keine Finanzierung haben. Für bestimmte Bereiche sei es sehr müßig, Fördermittel zu erhalten. Daher habe man sich zusammengesetzt und sich gefragt, wie die Interessenlage der Stadt und des Landes sei, wie man dies letztendlich zum Ausgleich bringe, wenn wir Geld zurückgeben, welches wir nicht in bestimmte Projekte bringen wollen und wir aber auf der anderen Seite Fördermittel benötigen.

Es wurden ergebnisreiche Gespräche mit dem MLV dahingehend geführt, dass wir das Geld zurückgeben wollen, so **Herr Hantusch**, und im Gegenzug bekommen wir neue Mittel, die nicht aus dem Programm Soziale Stadt stammen. Somit besteht die Möglichkeit, andere Projekte aus der Prioritätenliste umzusetzen.

In Bezug auf die Heideschule, bei der durch einen Antragsteller das Investitionsvolumen zurzeit bei 2,5 Mio. Euro beziffert wurde und die Soziale Stadt ein Programm ist, welches zu 2/3 läuft, müssten 800.000 Euro Eigenmittel von der Stadt aufgebracht werden. In der Prioritätenliste ist die Heideschule in der Kategorie 2 auf Platz 16 während das Rathaus in Kategorie 2 auf Platz 3 sei.

Das Dach ist marode und muss dringend saniert werden. Fördermittel werden immer weniger und auch Eigenmittel kann die Stadt immer weniger aufbringen. Insofern sind wir gezwungen, Prioritäten zu setzen und zu erläutern, wo wir die Mittel zurzeit am besten verwenden können. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Im Moment sei man im Zugzwang und bei den Problemen, die im Rathausgebäude vorliegen, müsse man tätig werden.

Es sei nicht so, wie es in der Zeitung dargestellt wurde. Dass wir uns vom Programm Soziale Stadt verabschieden, sei eine Fehlinformation. Die Stadträte haben einen Beschluss gefasst, an dem man sich halten wird. Und wenn es neue erfolversprechende Projekte gibt, werden wieder Anträge auf Fördermittel gestellt.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass die Emotionen hoch gekocht werden. 13 Millionen Euro Investitionen gab es im Hochbau, da diese die Priorität 1 hatten, u. a. Kindertagesstätten. Das Dach des Rathauses soll nun in Angriff genommen werden, welches ein wichtiges Denkmal darstellt und erhebliche Schäden schon seit Jahren aufweist. Die Schädigung am Dachtragwerk hat begonnen. Bei weiteren Zuwarten, so **Herr Bekierz**, muss dieses Dachtragwerk ausgetauscht werden, egal ob dann Fördermittel vorhanden sind oder nicht.

Die Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, ob es andere Aspekte und Abwägungen bei der Suche nach Möglichkeiten gab, bestätigte **Herr Bekierz**. Auf Initiative von Herrn Hantusch seien Gespräche mit dem Bauminister geführt worden.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, bemerkte an, dass einem Bereich Geld weggenommen werde, ohne diesen vorher anzuhören. Es hätte vorher der Sozialausschuss sowie der Finanzausschuss gehört werden müssen. Hierzu erklärte **Herr Bekierz**, dass hier der Beschluss des

Stadtrates abgearbeitet werde und es keine Abweichungen gebe. Die Vorlage greife dies nicht zum ersten Mal auf, sondern es gibt bereits einen Stadtratsbeschluss. Berichtigend teilte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, mit, dass man berücksichtigen müsse, dass das Geld nicht für andere Projekte vorgesehen war. Es wurde für jede einzelne Maßnahme ein Umwidmungsantrag gestellt. Nur durch intensive Gespräche mit dem MLV kam man zum Projekt Hort Friederikenstraße und Avendi, die gar nicht für dieses Programm vorgesehen waren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass er die Prioritätensetzung nachvollziehen könne, da das marode Rathausdach schon jahrelang ein Problem sei und man jetzt alle Möglichkeiten nutzen müsse. Zu seinen Aussagen ergänzte **Herr Otto**, dass er sich mehr Ausführungen zu den finanziellen Mitteln in der Beschlussvorlage gewünscht hätte, und u. a. Ausführungen zu Spielplätzen, die dann nicht realisiert werden können und wie deren Zustand jeweils sei. Es wurden 100.000 Euro für das Selbstnutzermodell verbraucht. **Herr Otto** stellte die Anfrage, was dies der Stadt gebracht habe und was hier das Ergebnis sei.

Fortführend informierte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass er in der nächsten Sitzung eine Information zur aktuellen Spielplatzkonzeption geben werde.

Auf die Nachfrage von **Herrn Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wie die Zahl 400.000 Euro Rondell und Pollingpark zu untersetzen sei und was sich dahinter verberge, erklärte **Herr Bekierz**, dass das Rondell kein Spielplatz darstelle, sondern eine Grünlandschaft im großen Wohnquartier, wo ein kompletter Sanierungsbedarf bestehe. Der Spielplatz stellt nur eine kleine Facette dar.

Die Gelder müssen zurückgegeben werden, so **Herr Hantusch**, und er habe diesbezüglich mit Minister Webel gesprochen. Jedoch bekommt man nichts schriftlich sondern es gelte das Wort des Mannes. Wir vertrauen darauf. Fortfolgend informierte Herr Hantusch, dass er im Januar mit Minister Daehre zusammen gesessen habe. Zu diesem Thema sagte dieser, dass es keine zusätzlichen Gelder für das Rathaus geben werde. Abschließend bekundete **Herr Hantusch**, dass die Gelder für die Spielplätze nicht fest zugewiesen seien.

Hinweisend äußerte **Herr Bekierz**, dass das Projekt Pollingpark hier im Ausschuss beschlossen wurde und dieses Projekt aus anderen Geldern, aus nicht verbrachten Mitteln aus dem IBA-Projekt Landschaftszug, zur Aufwertung der Wegestrukturen, finanziert werde und verwies auf die Seite drei, letzter Absatz, in der Beschlussvorlage.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ließ vermerken, dass die Vorlagen besser gestaltet werden müssen, damit keiner etwas interpretieren und ein Außenstehender dies verstehen könne. Somit gebe es auch keine Spekulationen/Vermutungen u. a. von der Zeitung.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, erklärte nochmals, dass die ursprünglichen Mittel von der Sozialen Stadt jetzt zurückgegeben werden sollen, da das Projekt Schülerfreizeitzentrum Rennstraße nicht umgesetzt worden sei. Hierzu äußerte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das er damit nicht einverstanden sei, das Geld auf andere Projekte zu verteilen. Dies sei keine Leistung. Hierzu äußerte **Herr Hantusch**, dass die Leistung die Sanierung des Rathausdaches sei, und erklärte weiterhin, dass man sich etwas einfallen lassen müsse.

Die wesentlichen Kernaussagen sollen doch dann hintereinander aufgelistet werden, damit keine Vermutungen entstehen, brachte **Herr Otto** vor.

Entsprechend des Auftrages des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt in Bezug auf die Prioritätenliste, habe die Verwaltung in den letzten Wochen im Interesse des Ausschusses intensiv gearbeitet, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Dies habe bestimmte Personen in einen bestimmten Status gesetzt, d. h. es haben Abstimmungen zwischen den Dezernaten stattgefunden und diese wurden

als Beschluss in Form von Prioritäten erstellt, mit dem Ergebnis, dass man eine intensive Arbeit gering geschätzt habe. Die Prioritätenliste stellt für **Herrn Schönemann** eine verbindliche Arbeitsrichtung dar. Er würde sich freuen, wenn die Prioritätenliste irgendwann durch Beschluss verbindlich für die Haushaltsdiskussion gelten würde.

187.000 Euro sind momentan in der Sozialen Stadt noch vorhanden, die nicht ausgegeben werden können, da Eigenmittel, also die Gegenfinanzierung nicht vorhanden ist, erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, verwies darauf, dass in der Vorlage Informationen zur Umwidmung der Fördermittel von 2010 für 2011 hätten einfließen sollen. Hinzufügend informierte **Herr Bekierz**, dass die Fördermittel abzurufen seien und solange diese Mittel bei der Stadt sind, seien für diese finanziellen Mittel Zinsen zu zahlen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Schönemann** stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **5:2:2**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

7.7. **Maßnahmebeschluss Burg Roßlau**
Fortführung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen auf der Burg Roßlau in Bezug auf vorliegende Bewilligungsbescheide aus den Förderprogrammen EU-Strukturfondsförderung 2007 - 2013, OP des Landes Sachsen-Anhalt i. V. m. der Gewährung von Zuwendung im Rahmen des Stadtumbau Ost zur Aufwertung von Stadtteilen/Stadtquartieren mit vorrangiger Priorität: Westliche Altstadt" Programmjahr 2009 für die HH-Jahre 2011, 2012 und 2013
Vorlage: DR/BV/263/2011/I-41

Einführend informierte **Herr Kuras, Amt für Kultur**, dass der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport sowie der Ortschaftsrat Roßlau die Beschlussvorlage einstimmig beschlossen haben.

Weiterer Einführungs- und Rückfragebedarf gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **9:0:0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

8. **Öffentliche Anfragen und Informationen**

8.1. **Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

Informationen zum Technologie- und Gründerzentrum Dessau-Roßlau (TGZ)

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, informierte eingangs, dass der Stadtrat der Stadt Dessau am 29.08.2001 den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des TGZ fasste, und im Anschluss daran am 26.09.2001 den Standort der ehemaligen Haut- und Frauenklinik in der Kühnauer Straße festlegte. Weiterhin wurde berichtet, dass die Verwaltung des Objektes durch die IPGD GmbH erfolge. Ausführungen zu der Bau- und Raumbeschreibung, gefolgt von Informationen zu Mietkonditionen/Service Point, wurden durch Herrn Meister mitgeteilt. Abschließend informierte Herr Meister über die Belegung per 30.09.2011. Mit 24 Einmietungen ist das Objekt zu 75 Prozent ausgelastet. 25 Prozent der ungenutzten Fläche beinhalten u. a. freie Büro/Projekträume, Lagerflächen und zum größten Teil betreffe dies den Bereich der Werkstatt.

Sachstand Kornhaus

Einleitend berichtete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass im letzten Sonderausschuss die Bestätigung des neuen Pächters vorgesehen war, dies aber nicht vollzogen werden konnte. Daher wolle er hier Informationen zum aktuellen Stand der Thematik zur Kenntnis geben.

Ausgangspunkt sei vor 15 Jahren. Es wurde ein Mietverhältnis zum 01.09.1996 abgeschlossen, welches für 15 Jahre, bis zum 31.08.2011, gelten sollte. Es gab eine Option zur Verlängerung des Vertrages, teilte Herr Bekierz fortführend mit. Es war nicht erkennbar, dass die Stadt diese Option in Anspruch nehmen solle. Er habe schon frühzeitig, so **Herr Bekierz**, bevor der Vertrag formal gekündigt werden musste, Gespräche mit dem aktuellen Mieter geführt. Er habe den aktuellen Mieter informiert, dass für die Stadt die Option nicht in Frage komme und es somit keine Verlängerung gebe. Herr Bekierz habe ihn aufgefordert, sich bei den Ausschreibungen mit zu bewerben, was er auch getan habe. In diesen Zusammenhang habe **Herr Bekierz** mit dem Mieter besprochen, ob es sinnvoll wäre, von dem hier genannten Termin abzuweichen, um gewisse saisonale Geschäfte abzudecken, um ein Optimum zum Wohle des Mieters als auch für die bevorstehenden Sanierung hinzubekommen. Diese Fragen habe er, so **Herr Bekierz**, über mehrere Monate hinweg dem Mieter wiederholt gestellt, mehrmals Gespräche mit ihm geführt, mit dem Ergebnis, dass dieser nachdenken wolle und sich zu keiner Zeit positiv geäußert habe. Auf seine letzte Rückfrage habe der Mieter reagiert und geäußert, dass er definitiv kein Interesse daran habe und dies keine Option für ihn sei.

Im September 2010 wurde ein gutachterlicher Auftrag zur Ermittlung des Sanierungsbedarfes erteilt. Im Ergebnis dessen wurde ein Sanierungsstand ermittelt, welcher bei ca. 260.000 Euro plus/minus 20 Prozent liege. Dabei spreche man hier von keiner Generalsanierung sondern lediglich von der notwendigen Sanierung nach 15 Jahren Nutzung. Zwischen 200.000 und 300.000 Euro müsste der neue Pächter investieren, um sein Konzept umzusetzen.

Durch eine Vermietungsanzeige im April 2011 wurde zum 1. Oktober 2011 ein neuer Pächter gesucht. **Herr Bekierz** machte nochmals deutlich, dass das Kornhaus ein Betrieb gewerblicher Art darstelle und jährlich eine Inventur durchgeführt werde, letztmalig im Mai 2011, und dementsprechend die Inventarlisten aktualisiert werden. Die Weiterverwendung des Inventars sei nicht zwingend notwendig.

Die Fraktion der CDU habe in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 22.06.2011 die Vorlage - Modernisierung und Sanierung Kornhaus - eingebracht. Es wurde beschlossen, dass die Stadt das Kornhaus sanieren soll. Daraufhin folgt dann der Bericht in der Mitteldeutschen Zeitung mit der Schlagzeile - Kornhaus kommt um Sanierung nicht herum -. Der Haupt- und Personalausschuss habe nach langer Diskussion konstruktive Ansätze gefunden, teilte **Herr Bekierz** weiterführend mit, so dass die CDU im Ergebnis des Haupt- und Personalausschusses die Vorlage noch mal an dessen Meinung angepasst habe. Am 06.07.2011 wurde diese Vorlage im Stadtrat bestätigt mit Beschluss, dass die Stadt Dessau-Roßlau dafür Sorge zu tragen habe, vor der Neuverpachtung des Kornhauses die notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu vollziehen. In diesem Ausschuss sei die Idee über eine Jury entstanden, die den Nachpächter bestimmen sollte. Dazu legte **Herr Bekierz** dar, dass die Verpachtung des Gebäudes reines Verwaltungshandeln darstelle und es keines Beschlusses bedürfe.

In der Jurysitzung habe man sehr konstruktive Vorträge von den drei eingeladenen Bewerbern gehört. Alle drei Konzepte hatten Vor- und Nachteile, so dass die Jury sich einvernehmlich für einen Bewerber mit einem sehr überzeugenden Vorhaben entschieden habe.

Die Juryempfehlung sollte dann am 1. September 2011 im Sonderausschuss bestätigt werden. Weiterhin teilte **Herr Bekierz**, mit, dass unglücklicherweise der Pächter kurz vorher wegen unerwarteten Problemen zurückgetreten sei.

In der letzten Woche wurde bereits über die Abläufe im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus berichtet, heute hier im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und in der nächsten Woche soll dies im Haupt- und Personalausschusses ebenso gehandhabt werden. Weiterführend berichtete **Herr Bekierz**, dass der Nachpächter sein überarbeitetes Konzept im Haupt- und Personalausschuss vorstellen werde. Dieser Ausschuss solle über dieses Konzept befinden. Herr Bekierz bat um Einverständnis der Mitglieder des Ausschusses, dass diese den Beschluss vom Haupt- und Personalausschuss mittragen sollen.

Fortfahrend berichtete **Herr Bekierz**, dass es eine Refinanzierungsvereinbarung gab, bei der rund 200.000 DM für das Objekt Kornhaus refinanziert wurden. Weitere Ausstattungsgegenstände wurden von der Stadt im Zuge der Sanierung investiert und in den Inventarlisten vollständig erfasst. Auch von dem Mieter wurden weitere 300.000 DM in Ausstattungsgegenstände investiert, die in dessen Eigentum verblieben sind.

Die Vertragsparteien müssen sich einigen, d. h. es ist Aufgabe des neuen Pächters sich mit dem alten Mieter zu verständigen bezüglich Übernahme von Gegenständen u. ä. Er habe ausführliche Gespräche mit beiden Parteien geführt. Man habe miteinander Gespräche geführt und nicht über die Medien übereinander. Des Weiteren gehe es um private Geschäfte der Stadt, bei der die Verwaltung in öffentlichen Sitzungen die Stadträte stets informierte.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, bedankte sich für die Arbeit und Mühe der aufgearbeiteten Ausführungen von Herrn Bekierz.

Im Anschluss brachte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sein Unverständnis zum Ausdruck, dass es zu dieser Berichterstattung gekommen sei. Transparenz war jederzeit in den Ausschüssen gegeben, keine Aspekte waren heute neu. Die Art des gegenseitigen Umgangs müsse wieder hergestellt werden, sowie das Vertrauen vom Rat, von der Verwaltung bis hin zur Öffentlichkeit. Sonst kommt es zur Demotivation der Mitarbeiter der Verwaltung sowie der Stadträte. Die Transparenz von Informationen müsse besser werden.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, bedankte sich für die sachliche Darstellung von Herrn Bekierz und erklärte, dass er sehr stark darüber enttäuscht sei, dass Stadträte direkte Konfrontation über die Medien suchen. Dies sei nicht zielführend. Anschließend teilte er mit, dass er während der Klausurtagung des Dezernates für Wirtschaft und Stadtentwicklung den Hinweis bekam, dass die Mitteldeutsche Zeitung unbedingt einen Bericht über das Kornhaus veröffentlichen wolle. Daraufhin bekam er den zweiten Anruf, wenn er jetzt nicht sofort ans Telefon gehe, weise Frau Hanus die Redakteure an, diesen Bericht auch ohne Informationen von der Verwaltung zu veröffentlichen. Verwaltung und Stadtrat seien aufeinander angewiesen, so **Herr Hantusch**, und haben gleiche Ziele. Man wolle die Stadt nach vorne bringen und sich nicht gegenseitig die Beine stellen.

Für **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, stelle sich dies alles ganz anders dar. Er habe die Information, dass Familie Heilmann behaupte, erst im August angesprochen worden zu sein, um den Vertrag zu verlängern. Sie hatten keine Möglichkeit zu reagieren. Sie haben dann einen Pachtvertrag für einen Tag, für eine bestimmte Veranstaltung am 10.09.2011 erhalten, und am 15.09.2011 sollte das Objekt bereits ausgeräumt übergeben werden. Er sehe es so, dass die Probleme mit dem neuen Pächter entstanden seien, weil dieser offensichtlich nicht wusste, was er übernehmen könne und was nicht und dass er vom Vorpächter Dinge übernehmen bzw. kaufen müsse. **Herr Otto** stellte die Anfrage, ob bei der Ausschreibung für die Bewerber eine Information stattgefunden habe, zu welchen Bedingungen und mit welcher Ausstattung die Bewerber das Objekt übernehmen können sowie, ob an Familie Heilmann mit der Kündigung eine Festlegung der Übergabekonditionen übermittelt worden sei. Es hätten vorher klare Übergaberegeln definiert werden müssen.

Darauf hin entgegnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass im Haupt- und Personalausschuss die Bitte kam, mit dem jetzigen Mieter zu verhandeln,

sodass ein Übergang ohne Leerstand Kornhaus stattfindet. Da war Herr Bekierz schon längst am Verhandeln der einzelnen Modalitäten.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erwähnte, dass es den Vorschlag gab, die IPD GmbH dieses Objekt verwalten zu lassen; die Entscheidung hätte vor der Schließung erfolgen sollen.

Hierauf entgegnete **Herr Hantusch**, dass die Möglichkeit mit der WBD Industriepark Dessau GmbH und Sparkasse seine eigene Idee war, die er vorgebracht habe.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, bot sich für 3er Gespräche an und erläuterte, dass in der Verpachtungsanzeige beschrieben wurde, dass eine Teilsanierung/Modernisierung vorgesehen sei, es aber hierzu keine Vorgaben der Stadt gab. Der Mieter habe hierzu selbst ein Angebot gemacht. In der Bewerbung war ein Angebot, welches von der Verwaltung ernst genommen wurde. Es wurde maximal über den Finanzierungsweg gesprochen, nicht darüber, wessen Aufgabe es sei, dies zu bezahlen. Die Stadt ist Gebäudeeigentümerin und müsse in jedem Fall zahlen. Er selbst habe nie ein Gespräch unter vier Augen geführt sondern immer mit Zeugen, so Herr Bekierz, und es sei ein Auftrag des Oberbürgermeisters gewesen.

Zur Nachfrage von **Herrn Otto** informierte **Herr Bekierz**, dass die Übergabekonditionen dem Pächter übergeben wurden, Verhandlungen zur eventuellen Übernahme noch laufen und die Ausstattung Sache des Pächters sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte, dass er erschrocken war, als er nach dem 15.09.2011 am Kornhaus vorbei kam und die Außenlampen abgebaut waren. Auf die Nachfrage, wer Eigentümer des Inventars sei, antwortete **Herr Bekierz**, dass es eine Inventarliste gebe, wo dies alles festgehalten sei. Alles was nicht hänge, sei nicht Eigentum der Stadt. **Herr Otto** bat um Bereitstellung der Schreiben, wo die Übergabekonditionen festgelegt worden sind.

Auf die weitere Anfrage von **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wie es weiter gehe, berichtete **Herr Bekierz**, dass am 12.10.2011 das überarbeitete Konzept des Neupächters vorgestellt werde. Aber auch er sei vor einen möglichen Rücktritt nicht gefeit. Die Verträge seien vorbereitet, die Entwürfe werden dem Mieter morgen zugesandt.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, informierte über die erhaltene Einladung zur Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 11.10.2011 zum Tagesordnungspunkt 3. Er bemängelte, dass er keine explizite Einladung vom Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erhalten habe. Hierauf erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass es um die Vermarktung Bauhaus gehe und dies thematisch dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zuzuordnen sei. Ergänzend informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass die Mitglieder der Ausschüsse für Bauwesen, Verkehr und Umwelt lediglich als Gäste geladen wurden.

Herr Dreibrodt verwies an dieser Stelle auf Termindopplungen von Ausschüssen. Er selbst könne nicht teilnehmen, da er zum Rechnungsprüfungsausschuss geladen sei.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, sieht es als sinnvoll an, die Mitglieder ordnungsgemäß zu laden, damit sie mitdiskutieren können. Es gebe eine Information an die Vorsitzenden, wie mit Stadträten umzugehen sei.

Von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde der Hinweis gegeben, dass es einen Internetauftritt des ADFC Bremen gebe unter der Internetadresse www.adfc-bremen.de, wo u. a. über die Veranstaltung zur Fahrradstadt Bremen berichtet wird und bat um Übermittlung an den entsprechenden Mitarbeiter.

Auf Nachfrage von **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, ob es eine Strategie gebe, wie man künftig mit dem Förderprogramm Soziale Stadt weiter verfare und welches Arbeitsthema im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt werde, antwortete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass er mit Herrn Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, Rücksprache nehmen möchte, da dieses Programm viel zu viel investiv sei. Es sollten mehr soziale Aspekte in den Vordergrund geschoben werden. Die inhaltliche Komponente solle das Sozialdezernat übernehmen (Software) und alle Außenwirkungen in Hardware müssen über das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung erfolgen. Eine gute Grundlage bilde die vorliegende Sozialplanung.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, dass für das Besucherzentrum am Bauhaus kein Geld im Landeshaushalt veranschlagt sei. Um dies voranzutreiben müsse sich die Stadt positionieren, z. B. nächste Woche im Stadtrat.

Hierzu informierte **Herr Hantusch**, dass man schon alles Mögliche unternommen habe, alle Ebenen wurden genutzt, die Arbeitsebene, die Ministerebene und die politische sowie wirtschaftliche Ebene. Eine Sitzung des Wirtschaftsbeirats wurde nur zu diesem Thema veranstaltet und man habe von jeder wirtschaftlichen Institution unterschreiben lassen, wie wichtig das Besucherzentrum für die Stadt sei. Nun liege alles beim Ministerpräsidenten vor sowie in Kopie beim Finanzminister. Er habe, so **Herr Hantusch**, an den Ministerpräsidenten, über Oberbürgermeister Herrn Koschig, noch einen Brief geschrieben, dass er dieses Thema, nach dem es überhaupt kein Vorrangkommen gab, interministeriell vor die Klammer ziehen solle. Vor die Klammer ziehen, heißt vor dem Haushalt. Drei Themen seien bereits vor die Klammer gezogen, u. a. Luther und Bundesgartenschau. Letztendlich ist es eine Entscheidung der Machtverhältnisse in Magdeburg.

Dass es keinen Sinn habe, immer nur etwas zu fordern ohne die Hausaufgaben zu machen, äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Betreiberkonzept mit Kosten sollte dargelegt werden. Es wäre wohl da, aber die Stadträte kennen dieses nicht.

Das Konzept wurde geprüft, es bestehe aber noch Klärungsbedarf. **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, teilte mit, dass dieses Konzept bei dem entscheidenden Ministerium vorliege. Man habe bereits alles gemacht, was man tun könne, aber man werde mit wenig Geld abgespeist.

Das Bauhaus sei für alles geeignet, so **Herr Busch, Bürgerliste/Die Grünen**, aber nicht für eine Ausstellung. Bauhaus sei ein Schulgebäude mit einem Standard der 20er Jahre, ergänzte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Modernste Museumspräsentation verlange versicherungstechnisch ganz andere Rahmenbedingungen.

Dass das Besucherzentrum ein wichtiges Projekt sei, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, sei klar, aber es müsse hinter den Kulissen gearbeitet werden. Er habe dem Oberbürgermeister geraten, am 13. Oktober 2011 alle Fraktionen einzuladen, inklusive Landrat Dannenberg und Landrat Schulze sowie alle Landtagsabgeordneten von Dessau und Wittenberg, so dass wir als Region dieses Projekt noch mal befördern, mit einem Beschluss und Unterschriften, den man dann nach Magdeburg senden müsse.

Herr Neubert, Fraktion der FDP, sehe das Problem der Finanzierung, welche augenblicklich zu scheitern scheine, da Gewichte, in dem politischen Feld, wo Entscheidungen getroffen werden, nicht so gesetzt werden, wie wir es wollen. Er denke, dies liege an der aktuellen und kulturhistorischen Dimension, die das ganze habe. Dies sei ein Skandal des Landes Sachsen-Anhalt. Er brachte als Vorschlag hervor, dass man eine Resolution des Stadtrates, mit Einstimmigkeit, unter Verweis auf dieses Ungleichgewicht der Bewertung von Welterben, artikulieren solle. Diese Willensbildung sei wichtig, damit dem Land ein Sprung nach vorn gelinge. An dieser Stelle bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, darum, dass die Welterben nicht gegeneinander aufzuwiegen seien, sondern unser Welterbe eine angemessene Wichtung erhalte.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:05 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 29.11.11

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Günther
Schriftführerin

Anlage:

- ◇ Anwesenheitsliste